September/11 2011

LEADER®

DAS UNTERNEHMERMAGAZIN

Ausgabe für die Ostschweiz und das Fürstentum Liechtenstein
www.leaderonline.ch Preis Fr. 8.50

Peter Weigelt:

Rückbesinnung auf «Mehr Freiheit – weniger Staat»

Seite 6

Schnelldenker und Kurzredner

Peter Maag, Direktor der IHK Thurgau, über den Politiker-Idealtypus, den sich die Ostschweizer Unternehmer in Bundesbern wünschen. ab Seite 32

DENK ANSTOSS!

letzte Seite

«Mit dem Stimmzettel einer Amtszeitbeschränkung Nachdruck verschaffen»

Peter Weigelt, ehemaliger FDP-Nationalrat und Wahlkämpfer, erfahrener Kommunikationsfachmann und Lobbyist, sieht in den Problemen mit dem Franken und der Sicherung des Werkplatzes Schweiz die entscheidenden Themen der nationalen Wahlen. Den neuen Kleinparteien in der Ostschweiz gibt er kaum Sitzgewinnchancen. Die BDP hat nach Weigelts Worten keine gesicherte Zukunft, an die Wiederwahl ihrer Bundesrätin glaubt er nicht. Mit Nachdruck bekräftigt er seine Forderung nach einer Amtszeitbeschränkung für eidgenössische Parlamentsmitglieder.

Interview: Richard Ammann **Bilder:** Philipp Baer

In den achtziger Jahren war die FDP tonangebend in der schweizerischen Politik. Sie warb damals mit dem Slogan «Mehr Freiheit, weniger Staat» und hatte Erfolg damit. Seither bröckelt die Bastion des Liberalismus immer mehr. Experten befürchten ein Absacken in Richtung zehn Prozent, womit einer der zwei Bundesratssitze infrage gestellt wird. Was lief bei der FDP falsch?

Vorweg, ein Absacken der FDP in die Region von zehn Prozent ist Unsinn. Die FDP wird sich auch 2011 als drittstärkste Kraft der Schweiz hinter der SVP und der SP positionieren und damit in der Mitte weiterhin tonangebend sein. Damit sehe ich für die FDP auch kein Problem, den zweiten Bundesratssitz zu halten.

Dass aber in den letzten rund 20 Jahren im Freisinn einiges schief gelaufen ist, kann nicht bestritten werden. 1987 war ich persönlich Mitglied des nationalen FDP-Wahlstabes und habe die Kraft unserer Botschaft «Mehr Freiheit – weniger Staat» miterlebt. In der Folge hat sich die FDP, vor allem unter Franz Steinegger, aber einer falschen Loyalität gegenüber dem Bundesrat verpflichtet. Die FDP deckte als «staatstragende» Partei bundesrätliche Beschlüsse, selbst wenn diese den eigenen Grundsätzen widersprachen. Das krasseste Beispiel war sicherlich der freisinnige Support für die Solidaritätsstiftung, die von der FDP mit Rücksicht auf Bundesrat Villiger unterstützt wurde, obwohl die Vorlage im Parteivolk auf breiteste Ablehnung stiess. Solche Aktionen, davon gab es leider zu viele, haben der Glaubwürdigkeit der FDP massiv geschadet, vor allem in ihrem traditionellen Wählerumfeld.

Böse Zungen lästern, man könne die FDP ohne Substanzverlust auflösen und ihr Wählerpotenzial auf SVP, Grünliberale und andere Parteien verteilen. Das ist wohl stark übertrieben. Man bekommt aber schon den Eindruck, dass es der FDP heute an Schwerpunktthemen mangelt. Die grossen Themen werden von andern Parteien bewirtschaftet. Warum überliess die FDP die Meinungsführerschaft etwa in der Sparte Migration weitgehend der SVP?

Auch hier liegt mir das Wort «Unsinn» auf der Zunge. Die FDP deckt mit einem gesamtschweizerischen Wähleranteil von 16 bis 18 Prozent immer noch eine bedeutende Wählergruppe ab, vor allem in den Exekutiven auf Gemeinde- und Kantonsstufe ist die FDP eine prägende Kraft. Die erwähnten Parteien haben wohl in ihren Programmen unter anderem ähnliche Forderungen wie die FDP, aber die Schwerpunkte liegen anderswo, und vor allem haben sie keine Köpfe, die glaubwürdig liberale Positionen vertreten.

Die FDP hat mit ihrer Rückbesinnung auf die eingangs erwähnte Parole «Mehr Freiheit – weniger Staat» sicherlich einen wichtigen Schritt gemacht. Ergänzt sie diese Zielsetzung mit «mehr Sparen – weniger Steuern» und «mehr Markt – weniger Bürokratie», so ist sie für die kommenden Jahre bestens positioniert. Mit Bezug auf das angesprochene Thema «Migration» kann schliesslich gerade der Vorteil, überzeugende Köpfe zu haben, eindrücklich illustriert werden. Nicht Plakatkampagnen und Parteiengezänk bringen die Schweiz in Sachen Migration weiter, sondern handlungsorientierte Persönlichkeiten wie die St.Galler Regierungspräsidentin Karin Keller-Sutter.

> «Die FDP deckte bundesrätliche Beschlüsse, selbst wenn diese den eigenen Grundsätzen widersprachen»

Wäre überhaupt eine andere Partei in der Lage, den Unternehmerstandpunkt umfassend zu vertreten? Würden Sie das der SVP zutrauen?

Ich glaube nicht, dass aus dem heutigen Parteienspektrum eine Partei nahtlos in die Position der FDP eintreten könnte. Insbesondere nicht die SVP, die im Grunde eine sehr etatistische Partei ist, was vor allem im Umfeld der Land- und Forstwirtschaft zum Ausdruck kommt, wo man doch gerne und oft aus der Futterkrippe des Staates frisst. Eigentlich geoutet hat sich die SVP mit ihrer neusten Volksinitiative, die sich gegen die Personenfreizügigkeit richtet, was

Peter Weigelt:

«Dass beim Freisinn einiges schief gelaufen ist, kann nicht bestritten werden»

letztlich ein Messerstich – um in der Parteirhetorik zu bleiben – gegen die Wirtschaft ist. Auch bei der CVP zeigt sich, dass die KMU-Gruppe in der Bundeshausfraktion auf weniger als zehn Vertreter zusammengeschmolzen ist, womit auch in der CVP der Unternehmerstandpunkt stark marginalisiert wurde.

Welchen Stellenwert hat das Verhältnis der Schweiz zur EU in der nächsten Legislaturperiode? Wie und durch wen kann eine positive Weiterentwicklung der Beziehungen vorangetrieben werden?
Die Schweiz hat sich eine sehr gute und zukunftsfähige Position gegenüber der EU aufgebaut. Ob diese aus Schweizer Sicht noch stark «weiterentwickelt» werden muss, möchte ich infrage stellen. Trotzdem wird das Verhältnis zu Europa auch in der kommenden Legislatur ein zentrales Thema bleiben. Dies einerseits aufgrund der sehr unterschiedlichen politischen Bewertung in den einzelnen Parteien, streben doch SP und Grüne immer noch eine Vollmitgliedschaft an, während die SVP auch bestehende Brücken zur EU abbrechen will und die Mitte weiterhin auf den Bilateralismus setzt. Andererseits steht die EU intern vor grössten Problemen, was sie zu einem zunehmend schwierigeren Partner macht. Zudem besteht die Gefahr, dass – um von den eigenen Problemen abzulenken – eine offensive Aussenpolitik gefahren wird, bei der auch die Schweiz immer wieder einmal ins Visier kommen könnte.

Wie beurteilen Sie den Wahlkampf der Parteien schweizweit? Wie wird sich das neue Thema Nummer 1, die Eurokrise mit Überbewertung des Frankens, auf das Wahlergebnis auswirken? Hilft dies den Mitteparteien, deren Politik akzentuiert auf Stabilität ausgerichtet ist?
Es ist eine alte Erkenntnis, dass organisatorisch und strategisch ein Wahlkampf vor der Sommerpause gewonnen, thematisch jedoch erst in den letzten zehn Wochen entschieden wird. Wer Anfang August nicht bereit ist, hat keine Chance, die thematischen Schwerpunkte aktiv zu nutzen und in den Wahlkampf zu integrieren. Diese Erkenntnis trifft auch für den Wahlkampf 2011 zu.

So werden die Themen «Energie» und «Migration» wohl ihren Stellenwert haben, wahlentscheidend werden aber die aktuellen Probleme rund um den Schweizer Franken und damit um die Sicherung des Werkplatzes Schweiz sowie unserer Arbeitsplätze sein. Dass hier diejenigen Parteien Zuspruch erhalten, die diese Themen über Jahre bewirtschaftet haben, liegt auf der Hand. So gesehen erhalten die Mitteparteien sicherlich einen gewissen Auftrieb, wobei sich die CVP mit ihrer vorschnellen Spitzkehre in der Energiepolitik bezüglich Wirtschaftskompetenz selber ein Bein gestellt hat und daher wohl kaum in vollem Masse von den neuen Problemstellungen profitieren kann.

Peter Weigelt: «Die Mitte-Parteien erhalten einen gewissen Auftrieb»

Vor nicht langer Zeit ist CVP-Nationalrat Thomas Müller, Stadtpräsident von Rorschach, zur SVP übergetreten. Ist dies ein Zeichen, dass auch die nach links gerutschte CVP erodiert, oder bleibt dieser Übertritt ein singuläres Ereignis?
Ich bin überzeugt, dass die CVP einen grösseren Aderlass verzeichnen wird. Dies führe ich aber nicht auf ihre Positionierung im Links-rechts-Lager zurück, sondern diese Aussage gründet schlicht und einfach in der Erosion ihres primären Wählerpotenzials, der katholisch-konservativen Landbevölkerung. Dieses Wählersegment nimmt aus vielen Gründen rasch ab, und bei einer zu starken Diversifizierung des CVP-Parteiprogramms bieten sich den Wählerinnen und Wählern Alternativen, die in den jeweiligen Sparten (z. B. GLP beim Atomausstieg) glaubwürdiger sind. Eine Fokussierung auf eigenen Kernthemen ist gerade für die Mitteparteien entscheidend, da in der Mitte das Risiko, sich zu verwässern, am grössten ist.

Der Parteiwechsel von Nationalrat Thomas Müller ist für mich keine Weichenstellung, da wohl eher taktische und opportunistische Gründe ausschlaggebend waren als parteipolitische Unwägbarkeiten. In diesem Sinne fehlt der Signalcharakter.

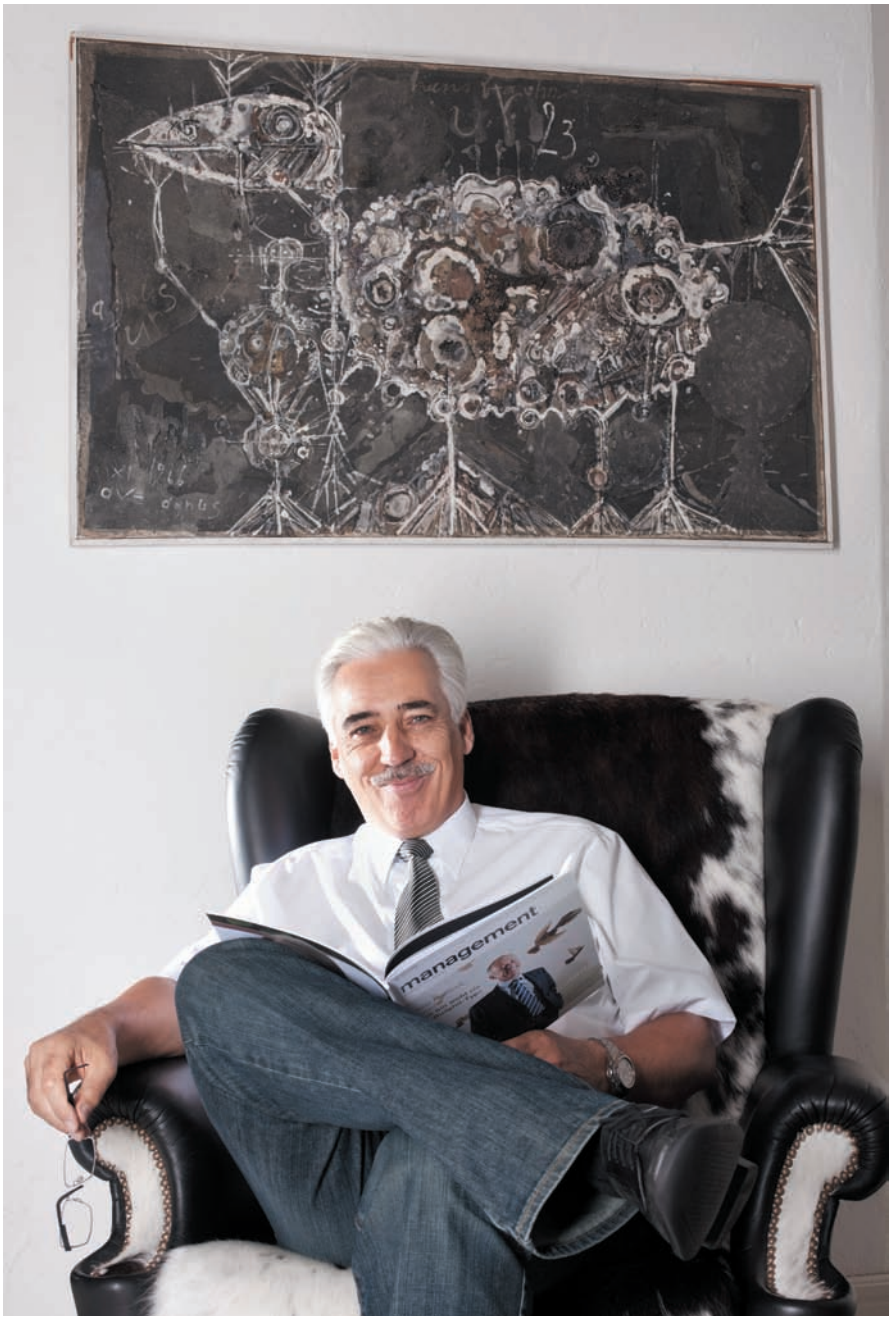
Wie läuft der Wahlkampf aus bürgerlicher Optik in der Ostschweiz? Otto Normalverbraucher hat den Eindruck, dass

sich der Aufwand in Grenzen hält und die Wahlkampfteams nicht gerade durch Kreativität von sich reden machen.
Ich stimme zu, dass der Wahlkampf sehr schleppend angelaufen ist. Bezüglich Kreativität ist CVP-Kandidat Ritter mit seiner sehr frühen und eigenständigen Plakatkampagne «Ein Ritter für Bern» aufgefallen. Ebenfalls kreativ ist die Kleberaktion mit den grünen Schweizerkreuzen für Autonummern, mit denen IHK-Direktor Kurt Weigelt als Kandidat der FDP auf Ostschweizer Verkehrsprobleme hinweist.

«Die vielgelobten Social Media spielen in diesem Wahlkampf kaum eine Rolle»

Insgesamt muss aber auch 2011 von einem traditionellen, printlastigen Wahlkampf ausgegangen werden, der auf Plakate und Inserate setzt. Die vielgelobten Social Media spielen kaum eine Rolle, und eventorientierte Aktionen bleiben lokal beschränkt. Letztlich spielt dieses Szenario der SVP in die Hand, da sie einerseits wiederum viel Geld einsetzen kann und andererseits den weitaus höchsten Mobilisierungsgrad hat.

Für Aufsehen gesorgt hat im Kanton St.Gallen der überraschende Ausstieg der BDP aus der Listenverbindung mit der FDP. Hat die BDP mit dieser fragwürdigen Aktion ihr Negativimage als Partei der Unberechenbaren und Wortbrüchigen bestätigt? War es allerdings nicht auch ein bisschen blauäugig von der FDP, sich mit dieser noch kaum über Strukturen verfügenden Partei einzulassen?
Von Blauäugigkeit will ich nicht sprechen. Die FDP hat vielmehr frühzeitig gerechnet und erkannt, dass mit der BDP zusammen der zweite Sitz wieder sehr realistisch wird. Gewiss wäre auch die CVP diese Verbindung gerne eingegangen. Der Bruch eines öffentlichen Handschlags ist sicherlich wenig schicklich und bedeutet einen massiven Imageschaden. Aber offensichtlich haben die Drahtzieher der BDP in Bundesbern diesen Imageschaden weniger gewichtet als die Option, der GLP als Steigbügelhalter zu dienen. Denn die BDP selbst ist in allen Listenverbindungen ob mit der FDP, der CVP oder der GLP, immer nur der Juniorpartner, also ohne Chance auf einen eigenen Sitz.



Peter Weigelt: «Ich habe mich seit jeher für eine Amtszeitbeschränkung auf zwölf Jahre stark gemacht»

Aus meiner Sicht ist die BDP ohnehin nur noch so lange ein politischer Faktor, als die bisherigen BDP-Parlamentarier im Bundeshaus aktiv sind. Da ich weder an eine breite Zuwahl von BDP-Politikern noch an eine Wiederwahl von Bundesrätin Widmer-Schlumpf glaube, dürfte der BDP-Atem wohl kaum über die neue Legislatur hinausreichen. Ganz im Gegensatz zu den Grünliberalen, die sicherlich ein langfristiges Potenzial aufweisen und schweizweit einige Mandate gewinnen dürften.

Bedeutet das Scheitern der Listenverbindung mit der BDP, dass ein zweiter Nationalratssitz für die FDP in St.Gallen in unerreichbare Ferne gerückt ist? Droht im Thurgau gar der Verlust des einzigen freisinnigen Nationalratssitzes? Dort haben sich ja die kleinen Parteien (GLP, BDP, EVP und EDU) zu einer Listenverbindung zusammengeschlossen.
Im Kanton St.Gallen ist die FDP nach dem Rückzug der BDP sicherlich weiter vom zweiten Sitz entfernt als noch vor der Sommerpause, trotz der neuen Themenlage. Angesichts der zunehmenden Volatilität der Wählerinnen und Wähler und der sich rasch ändernden öffentlichen Wahrnehmung von Problemen ist eine Vorhersage aber schwieriger als früher. Auf alle

Fälle wird es im Kampf um Restmandate in St.Gallen wie im Thurgau auf jede Stimme ankommen. Es würde mich nicht erstaunen, wenn man am Schluss gar von Zufallsresultaten sprechen wird.

Im Thurgau sehe ich für die bisherige Sitzverteilung wenig Gefahren, da die erwähnte Listenverbindung wohl ein weites politisches Feld abdeckt, aber letztlich keine Köpfe präsentieren kann. Hier hat die FDP beispielsweise mit Peter Schütz als Präsident des Thurgauer Gewerbeverbandes oder dem Oberthurgauer Unternehmer Hermann Hess sowie den Stadtpräsidenten von Frauenfeld und Weinfelden doch sehr viel mehr zu bieten.

Wo sehen Sie bei den Nationalratswahlen zusätzliches Potenzial für die bürgerlichen Kräfte? Was für Chancen geben Sie den Grünliberalen in der Ostschweiz?
Die Sorge um Wohlstand und Arbeitsplätze wird sicherlich manchen Wähler davon abhalten, mit seiner Wahlliste Experimente zu machen oder einen sogenannten «Schuss vor den Bug» loszulassen. Man wird wieder auf bewährte Marken setzen. Vor diesem Hintergrund bieten sich den bürgerlichen Traditionsparteien 2011, eigentlich unvermittelt, neue Chancen. Es wird nun entscheidend sein, ob es der CVP und der FDP gelingt, diese Wähler auch wirklich an die Urnen zu bewegen oder ob das Mobilisierungsfeld einmal mehr der SVP überlassen wird.

In einem Überblick über die Ostschweiz sehe ich bei den Mitteparteien, entgegen einer gesamtschweizerischen eher negativen Perspektive, stabile Verhältnisse. Für die neuen Parteien, also auch für die Grünliberalen, wird wohl nur ein Achtungserfolg bleiben, der nicht mit Mandaten belohnt werden wird.

Spannend ist die Ausgangslage auch bei den Ständeratswahlen. Kann die SVP durchmarschieren und ihre Vertretung in der kleinen Kammer verstärken? Würde eine Zusammenarbeit mit der SVP den Freisinnigen in der Ostschweiz zum Erfolg verhelfen?
Wenn Proporz- und Majorzwahlen parallel stattfinden, bleibt nichts anderes übrig, als im ersten Wahlgang jede Partei eigenständig auftreten zu lassen. Alles andere würde den Nationalratswahlkampf der einzelnen Parteien verwässern. Vor diesem Hintergrund wird – allenfalls mit Ausnahme des Kantons Thurgau – in keinem Ostschweizer Kanton (auch nicht in Zürich) ein SVP-Kandidat im ersten Wahlgang gewählt. Denn die SVP-Kandidaten sind in der Regel sehr bekannt, aber nicht mehrheitsfähig.

So gesehen müsste beispielsweise die SVP im Kanton St.Gallen Interesse daran haben, dass Karin Keller-Sutter im ersten Wahlgang gewählt wird, da Toni Brunner Chancen hat, im zweiten Wahlgang das beste Ergebnis und damit das relative Mehr zu erreichen. Sollte dagegen auch die FDP-Kandidatin ein zweites Mal antreten müssen, so wäre ein Zusammenspannen von CVP und FDP wohl vorgegeben und damit auch das Wahlresultat.

«Die Leader-Rolle für ein Ostschweiz-Lobbying liegt bei den Kantonsregierungen»

Besonders spannend werden die Ständeratswahlen im Kanton St.Gallen, wo Kandidaturen von SVP, FDP, CVP, SP, Grünen und BDP bekannt gegeben worden sind. Zwei Kandidaten sind langjährige Mitglieder des National- oder des Ständerates, Eugen David (CVP, 24 Jahre in «Bern») und Paul Rechsteiner (SP, 25 Jahre). Ist es in der heutigen Zeit nicht ein Anachronismus, mit solchen Politsauriern in die Wahlen zu steigen?
Ich habe mich seit jeher für eine Amtszeitbeschränkung auf zwölf Jahre starkgemacht und diese auch persönlich eingehalten. Denn für mich sollten gerade in der direkten Demokratie möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in politischen Ämtern mitwirken können. Zudem sehe ich immer wieder, dass es nach drei Amtsdauern zu Ermüdungs- und Demotivationsanzeichen kommt. Da es für mich chancenlos war, im Parlament diese Selbstbeschränkung auf zwölf Jahre durchzubringen, hoffe ich heute, dass die Wählerinnen und Wähler einer Amtszeitbeschränkung mit dem Stimmzettel Nachdruck verschaffen. Letztlich ist es aber auch ein Zeichen fehlenden politischen Nachwuchses in den entsprechenden Parteien, wenn Parlamentarier nach einem Vierteljahrhundert unter der Bundeskuppel noch nicht abtreten dürfen.

Was werden die grossen nationalen Themen 2011 bis 2015 sein? Wo und wie kann sich die Ostschweiz gewinnbringend inszenieren? Wer soll bei der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen von St.Gallen, Thurgau und Appenzell eine Leader-Rolle übernehmen?
In den kommenden vier Jahren wird die Verteidigung des Werk- wie auch des Dienstleistungsplatzes Schweiz eine zentrale Herausforderung darstellen. Vor- und nachgelagert zu dieser Thematik werden wir uns sehr viel konkreter mit der Sicherung unseres Sozialstaates befassen müssen. Bei den Sachthemen werden «Mobilität», «Energie» und «Gewalt/Sicherheit» dominieren, während Europa und die Zuwanderung wie auch die Umweltpolitik eher wieder in den Hintergrund treten werden.

Aus meiner Erfahrung als Parlamentarier und Lobbyist weiss ich, dass Interessenvertretung für die Ostschweiz nur von profilierten, überparteilich anerkannten Parlamentariern erfolgsversprechend umgesetzt werden kann. Das bedeutet, dass die Wählerinnen und Wähler am 23. Oktober nicht nur eine Partei wählen sollten, sondern ganz bewusst auch Köpfe. Die angesprochene Leader-Rolle für ein Ostschweiz-Lobbying liegt aber eindeutig bei den Kantonsregierungen. Nur wenn sich diese kantonsüberschreitend und offensiv – was beides bis heute kaum der Fall war – in Bundesbern einbringen, wird die Stimme der Ostschweiz gehört. Die Ostschweizer Parlamentarier erhielten damit auch die notwendige Glaubwürdigkeit im Kampf um regionale Aufmerksamkeit. Bezogen auf die in der Frage angesprochenen wirtschaftlichen Interessen ist die Glaubwürdigkeit von praxiserfahrenen Wirtschaftsvertretern sicherlich am höchsten. ■